

Danziger Zeitung.

№ 9030.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagenstraße No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 R 50 S. — Auswärts 5 R. — Inserate, pro Blatt 20 S. nehmen an: in Berlin: G. W. Meyer, A. Neumann, u. P. R. Meyer; in Leipzig: E. G. Engel; in Hamburg: H. G. Engel; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schäfer.

1875.

Lotterie.

Bei der am 18. März beendeten Ziehung der 3. Klasse 151. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie sind folgende Gewinne gefallen: 1 Hauptgewinn zu 45,000 R auf Nr. 39,871; 1 Gewinn von 15,000 R auf Nr. 5963; 1 Gewinn von 3000 R auf Nr. 41,890; 3 Gewinne von 1800 R auf Nr. 5332, 29,397 und 44,903; 2 Gewinne von 900 R auf Nr. 23,235 und 34,213; und 19 Gewinne von 300 R auf Nr. 6856, 14,227, 23,463, 25,514, 38,560, 45,258, 48,741, 49,107, 74,941 und 80,224.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Versailles, 19. März. Die National-Versammlung nahm in ihrer gestrigen Sitzung mit 431 gegen 260 Stimmen die Vertagung bis zum 11. Mai, ferner einen Zusatzantrag an, welcher das Bureau ermächtigt, Artikel 9 der Constitution sicher zu stellen, in dem Versailles zum Sitz beider Kammern erklärt ist; sie genehmigte dann das ganze Feriengesetz und einen Antrag Soubeiran, welcher den Finanzminister ermächtigt, die zur Einlösung der Anleihe Morgan erforderlichen Maßregeln zu treffen. Den Antrag Courcelles, der die Vornahme der Ersatzwahlen bis zur Vornahme allg. Wahlen unterlassen wissen will, beschloß die Versammlung in Erwägung zu nehmen. Die Abtheilungen sollen morgen die Commission zur Vorprüfung dieses Antrages und auch die Permanenz-Commission für die Zeit der Vertagung wählen. Die Linke und die Bonapartisten wollten, daß der Aufhebungstermin der National-Versammlung bald festgesetzt werde, und stimmten deshalb gegen die bloße Inbetrachtung des Antrags Courcelles.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.
Berlin, 18. März. Sr. Majestät Schiff „Gajelle“ ist telegraphischer Nachricht aus Aßen zufolge am 26. v. M. von den Kerkueleninseln in Mauritius eingetroffen. An Bord Alles wohl.

München, 18. März. Hinsichtlich der anderweitigen Besetzung des Kriegsministerpostens vernimmt die „Süddeutsche Presse“, es habe der General Maillinger das ihm angetragene Postequivalent sofort und bestimmt ausgeschlagen. Dasselbe habe auch der Beschlusmächtige zum Bundesrathe, Generalmajor Fries, gethan. Als für den Posten in Aussicht genommene Militärs würden noch genannt Generalmajor Heintze und v. Horn. — Die Kammer der Reichsräthe hat dem Gesetzentwurf über den Militäretat pro 1875 seine Zustimmung einstimmig ertheilt, der außerordentliche Militärcredit von 3,827,800 Fl. wurde mit allen gegen 4 Stimmen bewilligt.

Wien, 18. März. Das Abgeordnetenhaus hat heute die Gesetzentwürfe über den Verwaltungsgerichtshof angenommen, nachdem der Minister Ager in einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede, dieselbe empfohlen hatte und ein Vertagungsantrag abgelehnt worden war.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 18. März.

Zweite Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen. § 1. „In den Erzdiöcesen Köln, Osnabrück und Posen, den Diöcesen Culm, Ermland, Breslau, Hildesheim, Osnabrück, Paderborn, Münster, Trier, Fulda, Limburg, den Delegaturbezirken dieser Diöcesen, sowie in den preussischen Antheilen der Erzdiöcesen Prag, Olmütz, Freiburg und der Diöcese Mainz werden vom Tage der Verkündung dieses Gesetzes ab, sämtliche für die Bischöfe, die zu denselben gehörigen Institute und die Geistlichen bestimmten Leistungen aus Staatsmitteln eingestellt. Ausgenommen von dieser Maßregel bleiben die Leistungen, welche für Anstaltsgeistliche bestimmt sind. Zu den Staatsmitteln gehören auch die unter dauernder Verwaltung des Staates stehenden besonderen Fonds.“ Petri beantragt statt „Anstaltsgeistliche“ zu setzen: „Militärgeistliche.“

Abg. v. Wendt findet die Motivirung der Vorlage durch die Worte, mit denen Friedrich Wilhelm III. der Bulle de salute animarum seine Sanction ertheilt, durchaus nicht zureichend, da die rechtliche Verpflichtung des Staates, aus den säcularisirten Gütern die Dotation des Clerus zu gewähren, durch verschiedene Edicte anerkannt ist. Die Motive weisen auf die letzte Encyclica als einen zwingenden Grund für die Staatsregierung hin, das vorliegende Gesetz einzubringen. Wenn aber die Encyclica für die Verlesung des in Rede stehenden Gesetzes von so entscheidender Bedeutung ist, dann hätte die Regierung auch ihren Vorfall in den Motiven mittheilen müssen und sich nicht damit begnügen dürfen, auf ein Actenstück als bekannt hinzuweisen, das noch nicht offiziell, sondern nur in einzelnen Zeitungen veröffentlicht ist und das daher Niemand zu kennen die Verpflichtung hat. Der Redner will daher das Verfallene nachholen und die Encyclica in ihrem ganzen Wortlaut aus einem Zeitungsblatt verlesen. Diese Ankündigung ruft einen Sturm des Unwillens auf allen Seiten des Hauses mit Ausnahme des Centrums hervor und ein hundertstimmiges Nein! Nein! ruft den Redner an der Ausführung seines Vorhabens, jedoch vergeblich, zu verhindern. Präsident v. Bennigsen erklärt, zwar den Redner nicht an der Verlesung zu hindern zu können, erjucht ihn aber dringend und wiederholt davon abzuweichen, weil die Encyclica allen Abgeordneten aus den Zeitungen bekannt sei und zur Verlesung eines Actenstückes, das kürzlich von allen Zeitungen gebracht sei, unumgänglich ein Bedürfnis vorliegen könne. Aus dem Centrum hört man Proteste gegen die Behauptung, daß alle Zeitungen die Encyclica gebracht haben, während Abg. v. Wendt dabei bleibt, daß er ihren Wortlaut für seinen weiteren Vortrag nicht entbehren könne, und mit der Verlesung derselben beginnt. In diesem Augenblick bricht ein unerhörter Lärm aus, der größte Theil der Mitglieder verläßt den Saal, die Freiconservativen

an der Spitze, nur das Centrum, dessen Führer behaglich in den Tumult hineinschauen, bleibt fest auf seinen Sitzen und einige seiner Mitglieder debattiren heftig mit der zurückgebliebenen Minorität der Liberalen, Schröder, Pippstadt mit Miquel, Sarrazin mit Jung. Miquel ruft: Das ist eine Verhöhnung! Eine Viertelstunde dauert die Verlesung der Encyclica, die aber bei dem ununterbrochenen Lärme Niemand hören kann, auch der Stenograph nicht, zu dem sich Frhr. v. Wendt bei der Verlesung zuweilen herunterbeugt. Dann füllt sich wieder der Saal.

Präsident v. Bennigsen: Ich wiederhole, daß ich mich in der Nothwendigkeit befand, die Verlesung dem Redner zu gestatten. Ich wiederhole aber auch noch einmal mein Bedauern, daß der Redner, trotz des wiederholten ihm ausgesprochenen Wunsches, von der Verlesung nicht abgesehen hat, daß er dadurch die Geduld des Hauses, wie er sich inzwischen doch wird selbst überzeugen haben, in einem hohen Grade in Anspruch genommen hat (lebhafter Zustimmung), und ich kann auch nicht annehmen, daß etwa der mit der Verlesung verbundene Zweck, daß sie an die Stelle der Verkündung durch die Bischöfe treten soll, durch die Verlesung hat irgend erreicht werden können. Denn das Wesentliche ist bereits in den Motiven mitgeteilt. Diejenigen Ausdrücke, welche bereits in den Motiven angegeben sind, haben gerade die Entscheidung begründet, gegen solche Maßregeln der Curie mit starken Maßregeln der Gesetzgebung vorzugehen. Ich ersuche Sie jetzt, fortzufahren, Herr Redner!

Abg. v. Wendt: Ich habe den Ausführungen des Hrn. Cultusministers gegenüber für notwendig erachtet, daß ein Actenstück, dem ein solcher Werth beigelegt wird, thatsächlich bekannt sei. Ich muß mich dagegen verwahren, wenn mir Seitens des Herrn Präsidenten andere Motive untergelegt werden.

Präsident v. Bennigsen: Ich halte mich verpflichtet, gegenüber einem so ganz ungewöhnlichen Vorgange, wo ein Redner, trotz des wiederholten Wunsches des Präsidenten, sich verpichtigt hält, ein Actenstück vorzulesen, welches dem ganzen Hause bekannt ist, einen solchen Anspruch zu thun und ich bleibe dabei. (Stürmisches Bravo.)

Der Antrag v. Wendt wird von seinen Freunden im Centrum ermuntert, gegen die fortwährende Unruhe Stand zu halten. Endlich gelingt es dem Präsidenten Ruhe zu schaffen und der Redner geht nun auf den Inhalt des Gesetzes ein. Die Wirkung dieses Gesetzes wird eine neue Steuer für uns Katholiken sein; wir werden sie mit schwerem Herzen, aber treulich zahlen. Ein Fabrikarbeiter sagte mir neulich: Das ist für jeden Fabrikarbeiter ein Kräftestück auf das er einmal im Jahr verzichtet. Dieses Gesetz steht in Widerspruch mit den Versprechungen bei der Säcularisation im Jahre 1803, mit den Verheißungen der Occupationspatente von 1815 und mit allen Grundgesetzen der Gerechtigkeit, es ist eine Räderei zur Hungersnot. (Väus links.) Wenn Sie gegen Ihr besseres Wissen... (Heftige Unterbrechung.) Es ist mir ja mehrfach gesagt worden, daß die Gesetze von vielen Herren nur als Ausnahmeseetze begillt werden, welche durchaus keinen normalen Zustand statuiren. — Präsident v. Bennigsen: Der Abgeordnete hat den Satz, der mit den Worten: „Wider besseres Wissen“ begonnen, nicht vollendet. Wären Sie auf dem Wege fortgefahren, so wären Sie wahrscheinlich zur Ordnung gerufen worden. — Abg. v. Wendt: Ich habe es ja ausdrücklich. (Beifall im Centrum; heftiges Rufen links.)

Ministerdirector Förster: Die Bulle de salute animarum ist ein vom Papst einseitig für die katholischen Kirche gegebenes Statut, welches nur durch die landesherrliche Genehmigung seine Wirksamkeit erhält; dies ist auch vom obersten Gerichtshof anerkannt worden. Die Encyclica enthält ein Lob- und einen Glückwunsch für den preussischen Episcopat, also eine Aufreizung, auf diesem Wege der Anfechtung gegen die Staatsgesetze fortzuführen. Darin liegt die politische Wichtigkeit der Bulle, deshalb mußte der Staat zur Abwehr greifen. Den Antrag Petri muß ich bitten abzulehnen. Er würde zur Folge haben, daß auch auf die Anstaltsgeistlichen dieses Gesetzes Anwendung finden müßte; dazu liegt kein Bedürfnis vor; die Anstaltsgeistlichen sind Staatsbeamte, bei der Anstellung man darauf sehen kann, daß sie sich nicht gegen die Staatsgesetze anlehnen. Ueber die Militärgeistlichen kann in der Landesgesetzgebung keine Bestimmung getroffen werden, die diesen unter der Reichsgesetzgebung.

Abg. Werner (Katholik): Ich kann sagen, daß mir aus früheren Verhandlungen Vorfälle, wie wir sie heute gehabt haben, noch nicht bekannt geworden sind. (Sehr richtig.) Wenn ich das gethan hätte, was der Abg. v. Wendt gethan hat, so hätte ich mir sagen müssen, daß es ein Hohn auf die Geschäftsordnung und die größte Verhöhnung dieses hohen Hauses war. (Lebhafter Beifall.) — Präsident v. Bennigsen: Ich habe das Verhalten des Abg. v. Wendt schon von meinem Standpunkte aus verurtheilt, es war also wohl nicht nöthig, auf dasselbe zurückzukommen. — Abg. Werner: Es scheint mir aber der Erwägung werth zu sein, ob nicht die Nothwendigkeit vorliegt, in der Geschäftsordnung eine Aenderung vorzunehmen. (Sehr richtig.) Es gereicht mir zur Befriedigung vor dem Hause und dem Vaterland davon Zeugnis abzulegen, wie ein Katholik diese Gesetze auftritt. (Stimmen im Centrum: Altkatholik!) Warten Sie nur ruhig ab und dann rufen Sie. (Abg. Reichensperger nach links deutend; Die schreien noch ganz anders! Heiterkeit.) Der preussische Katholik muß die Maßregeln, die auf ganz verfassungsmäßigem Wege zu Stande gekommen sind, anerkennen. Die Bischöfe, sagt nun der Abg. Reichensperger, leisten ja nur passiven Widerstand. Was ist denn der Erzbischof Ledochowski und der Bischof Martin abgesetzt worden? Doch nur, weil sie Anzeigen, die ihnen durch das Gesetz anferlegt waren, nicht gemacht haben. Das ist doch wohl etwas Actives, wenn man Geistliche gezwungen wird, etwas zu thun, was ihnen von unselbstthätigen Päpsten befohlen wird. Der Staat muß die kräftigsten Mittel ergreifen, um sich gegen die Angriffe des Papstes zu schützen; das einfachste Mittel ist, daß man zunächst die Gelder einzieht, die die Geistlichen bis jetzt vom Staate bezogen haben. Verträge werden eben gebrochen, wenn man mit seinem

Contractanten auf den Kriegsfuß sich befindet. Ich eile zum Schluß. (Sehr gut! im Centrum.) Ich möchte noch manches sagen, wenn der Vorredner die Zeit des Hauses nicht so übermäßig in Anspruch genommen hätte. Ich möchte nur an das Bild vom Steinchen und vom Kolof anknüpfen und sagen: das Steinchen ist im Rollen; es wird vielleicht einen Kolof zerhacken, aber nicht den Deutschen. (Beifall.)

Abg. Thissen (Domcapitular in Limburg): Hören Sie einmal einen derjenigen, auf welche das Gesetz unmittelbar Anwendung finden wird; dieses Gesetz wird den Clerus nicht reifer finden als die früheren Gesetze. Die Bischöfe geben ihrer Gesinnung trotz Kerter und Absehung Ausdruck; der Clerus wird ebenfalls seiner Ehrenpflicht nachkommen. Alle sagen: Hartes steht uns bevor, aber Jubasse wollen wir nicht sein. Der deutsche Clerus wird dem französischen nicht gleichgültig zur Zeit der großen Revolution nicht nachsehen, zumal ja Treue die Eigenbüchlichkeit der deutschen Nation ist. Mit dieser Gesinnung befinden wir uns in vollster Uebereinstimmung mit der Krone (lebhafter Widerspruch); es giebt eine höhere Macht, die die Kronen verleiht. Wenn Sie am Schlosse vorbeigehen, lesen Sie die Inschrift an der Kuppel: Im Namen Jesu sollen sich beugen aller becker Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind. (Rufe: Aber nicht dem Papste!) So lange diese Inschrift steht, erkenne unser Herrscherhaus diese höhere Gewalt an. (Ruf: Das ist aber nicht der Papst!) Wir werden schon zu leben haben; der Palast und die Hölle steht dem treuen Priester offen. Die Kirche hat alle Anfechtungen überstanden, sie wird auch vom omnipotenten Staat nicht überwunden werden; schon Machiavelli hat die Theorie der Staatsomnipotenz aufgestellt; aber dieser Geist des Unglaubens und der Freizeiererei der modernen Zeit ist hier zum ersten Male auf dem politischen Gebiete erachtet. Durch dieses Gesetz befreien Sie die Kirche von der goldenen Fessel, die sie bisher an den Staat knüpfte. Befreit von dieser Fessel der Bureaucratie, bekommt sie ihre eigentliche Freiheit wieder. (Beifall im Centrum.)

Persönlich bemerkt Abg. Reichensperger, daß er nicht gesagt habe, die Maßregeln seien nichtig. Abg. Werner verliest folgende Stelle aus den Reden desselben vom 10. December 1873: Diese Maßregeln sind verfassungswidrig und darum nichtig. (Hört! Hört!) — § 1 wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 263 gegen 88 Stimmen angenommen.

§ 2. Die eingestellten Leistungen werden für den Umfang des Sprengels wieder aufgenommen, sobald der jetzt im Amte befindliche Bischof (Erzbischof, Fürstbischof) oder Bisthumsverweser, der Staatsregierung gegenüber durch schriftliche Erklärung sich verpflichtet, die Gesetze des Staates zu befolgen.“

Abg. Windthorst (Neppen): Es ist bezeichnend, daß wir darüber gerade heute, am 18. März, debattiren. (Unruhe links.) Es ist ein denkwürdiger Tag, der in der Geschichte viel geschah, dessen Grundzüge energisch bekämpft worden sind. Aber die Grundzüge des 18. März sind reactionär im Verhältnis zu denen des 2. Heiterkeit links.) Wenn der Staat omnipotent ist und unbedingt Gesetze erlassen kann, so kommt es nur darauf an, wer das Scepter in Händen hat, um die Gesetze zu dictiren. Heute regiert in Preußen und Deutschland der Fürst Bismarck, künftig vielleicht Hr. Hafenclever. (Heiterkeit links.) Zweifellos hat Hafenclever mehr Chancen, als die Geheimraths-Fraction der National-Liberalen. (Heiterkeit.) In diesem Gesetze lehren wir zu den Grundzügen der französischen Revolution zurück, und Sie (nach links), werden die Revolution nicht aufhalten, sondern fördern. Wenn die Geistlichen sich nicht verpflichten, den Staatsgesetzen Gehorsam zu leisten, so erhalten sie nichts mehr aus dem Staatsfiscal. Was heißt denn Befolgen der Gesetze? Der preussische Kronsynodus, Professor Schulze in Breslau, erklärt in einer Schrift, daß der Staat mit seiner Gesetzgebung über die durch die Vermunft gebotenen Grenzen nicht hinausgehen, nicht die Sitten, die Gewissen verletzen darf. Diesen Grundsatze unterschreibe ich mit. Sobald jene Grenze überschritten wird, leiste ich passiven Widerstand und hätte als Staatsbeamter mein Gewissen zu fragen, ob ich die Gesetze noch handhaben oder mein Amt niederlegen muß. Wenn Sie von uns nur Gehorsam so berien, so weit Professor Schulze ihn billigt, so ließe sich über die Sache reden. Aber Sie wollen den omnipotenten Staatsgott, den echten Ertract der Hegel'schen Philosophie. Es ist an sich schon horrend, daß man diese Anforderung an die angehenden Geistlichen stellt, dem Gesetze also rückwirkende Kraft verleiht, aber man verlangt auch von den zukünftigen Geistlichen gewissermaßen einen promissorischen Eid, während die Wirklichkeit solcher Eide allgemein anerkannt wird, und man besser thäte, die politischen Eide abzuschaffen, als neue zu construiren. Der Ministerpräsident sagt: Die Maßregeln sind ganz unversänlich, sie geben lange nicht so weit, als das preussische Landrecht. Das ist eine Erklärung, mit der er vor der großen Examinationscommission schwerlich bestehen würde. (Heiterkeit.) Aber wer ein Land wie Preußen regiert, sollte sich nicht bloß auf das allgemeine Landrecht berufen, sondern sich auch erinnern, daß dasselbe in vielen Landestheilen nicht gilt. Dann hat der Cultusminister hervorgehoben, daß ganz ähnliche Gesetze, wie die Maßregeln, in Oesterreich bestehen. Nun gebe ich zu, daß einzelne Bestimmungen der Maßregeln wiederkehren, die Gegenstände sind aber doch anders geordnet. (Abg. Wehrenpfeinig: Bemeis!) Den Beweis werde ich gleich bringen, ob ich meine, ein Mann, der sich so auf das Cultusministerium verläßt, müßte das Gesetz kennen. (Große Heiterkeit.) § 10 des österreichischen Gesetzes vom 20. Mai 1874 verlangt zwar von den Selsorgern eine allgemeine Bildung, aber nirgends ist ein Staatsexamen vorgeschrieben, in dem Hegel'sche Philosophie gefragt wird. Es findet sich dann im Gesetze die Anzeige der Anstellung. Diese Anzeige ist an sich prinzipiell unzulässig, denn die Apostel haben das Lehramt ohne Einbürgerung und ohne Erlaubniß des römischen Kaisers erhalten. Inzwischen ist von Seiten des katholischen Kirchenregiments durch das Concordat der österreichischen Regierung eine Mitwirkung bei der Anstellung zugesichert worden. Es fehlt aber in dem österreichischen Gesetze der ganze Apparat der Strafanordnungen, es fehlt vor allem der omniböse,

sogenannte kirchliche Gerichtshof, der sich anmaßt, Bischöfe und Geistliche abzusetzen. Endlich befindet man sich in Oesterreich einer wohlwollenden Regierung gegenüber und erfüllt auch ungezwungen die Wünsche derselben, die man einer anderen nicht aufgestellt, welche den Kampf gegen Rom auf ihre Fahne geschrieben hat, den Papst für einen einfachen Einwohner Roms erklärt und von der italienischen Regierung verlangt, sie solle ihn in Schranken halten. Der Abg. Oneist, der gern nach mir spricht (Heiterkeit), wird mich wahrscheinlich auf die Motive des österreichischen Gesetzes verweisen (Abg. Oneist macht eine zustimmende Bewegung, Heiterkeit); in den Motiven stehen allerdings einige culturkämpferische Floskeln, aber die würden den Ihnen schiffelweise gönnen, wenn Sie uns mit den Gesetzen in Ruhe ließen. (Heiterkeit.) Man will hier die Erklärung des unbedingten Gehorsams durch Gebotenerzwingen, die Festung also durch den Hunger nehmen. Der Ministerpräsident hat zwar gemeint, das Gesetz werde nicht recht wirksam sein, denn der Papst und die Jesuiten hätten unendlich viel Geld. Woher hat er das? Ich habe bisher nicht gewußt, daß er der Finanzminister des Papstes und der Jesuiten ist. (Heiterkeit: Ruf: Au!) Aber er hat leider Unrecht. Weder der Papst noch die Jesuiten sind reich genug, um zu erleben, was der Kirche hier genommen wird. Man depoficit in Rom keine Pflichten, vertritt sich dann mit ihnen und nimmt ihnen hinterher das Vermögen. Die Landesunterthanen werden den Ausfall aufbringen müssen, denn das katholische Volk wird seine Geistlichen nicht aushungern lassen. Aber wenn dieses Gesetz wirkungslos ist, wie will der Ministerpräsident rechtfertigen, daß es erlassen wird? (Heiterkeit links.) zu den Leistungen, welche heute der Kirche entzogen werden sollen, ist der Staat rechtlich verpflichtet. (Widerpruch links.) Es liegt ein vollständiges Vertragsverhältnis vor, und ich meine, es entspricht dem Begriffe der Majestät, übernommene Geldverpflichtungen voll und ohne Anstand zu leisten, es kann deshalb nicht ein Majestätsrecht sein, sie nicht zu erfüllen. (Sehr gut! im Centrum.) Wenn Sie die Geistlichen durch Mittel, wie sie dieses Gesetz vorgeschlagen, zwingen wollen, so beleidigen Sie damit Recht und Moral. Ehe Sie diesen Weg wandeln, überlegen Sie sich die Sache noch einmal. Sie können Frieden haben, sobald Sie sich mit den gegebenen Autoritäten verständigen. (Alta links.) Wollen Sie den Frieden nicht, so bleibt uns nichts übrig, als mit Geduld zu erwarten, bis man sich an der höchsten Stelle erinnert, daß es auch katholische Unterthanen giebt.

Fürst Bismarck: Auf die sachlichen Deductionen des Vorredners wird von sachkundiger Seite geantwortet werden. Um mir die Sachkunde zu beweisen, hat der Vorredner aber eine Angabe gemacht, die ich für vollständig unrichtig halte. Er hat behauptet, ich hätte irgend wo, ich weiß nicht wann, gesagt, die Maßregeln enthielten Nichts, was nicht im Landrechte stünde, aber mit dem Landrechte identisch wäre. Ich bestreite das niemals gesagt zu haben. Denn obgleich ich es nicht auf mich nehme, mich in der Jurisprudenz mit dem Vorredner zu messen, so bin ich doch im juristischen Studium nicht so ununterrichtet, um nicht zu wissen, daß in dem Landrecht allerdings sehr viel mehr und viel Wünschenswertheres steht als in den Maßregeln, in den Maßregeln aber doch Vieles, was im Landrecht nicht steht, weil man die seltsame Erwählung der Aufhebung sämtlicher Geistlichen gegen die Gesetze des Staates damals für unmöglich hielt. (Sehr richtig! links.) Im Examen, davon bin ich überzeugt, wird der Vorredner sehr viel besser bestehen als ich, namentlich im juristischen, bei seiner Vielseitigkeit gewiß auch in sehr viel anderen; etwas ganz Anderes aber ist es praktische Politik zu treiben und sich mit einigem Erfolg mit der Wohlfahrt des eigenen Landes zu beschäftigen. Da behaupte ich nun meinerseits wieder das besser zu verstehen, wie der Vorredner. Die Examina, die er hier etwa machen könnte, würden ihn meines Wissens nicht dazu befähigen; wir würden immer darüber einig sein, daß wir jeden Staat bebauern würden, dem es beschieden wäre, von dem Hrn. Vorredner regiert zu werden. (Sehr gut! Heiterkeit links.) Die Herren aus Hannover haben ja darin Erfahrungen gemacht, und sie werden daher im Stande sein, zu sagen, ob sie lieber einen streng juristisch examirten oder einen dem Lande nützlichen Minister haben wollen. (Heiterkeit.) Der Vorredner hat dann weiter meine Behauptung kritirt, wir würden mit diesem Gesetze wenig erzwungen, und daraus gefolgert, daß er nicht zu begreifen vermag, warum wir es denn überhaupt ins Leben gerufen hätten. Der Vorredner begreift ja doch so Manches, was uns unverständlich ist; wie ist er denn nicht auf den Gedanken gekommen, der doch so nahe liegt: wir finden es des Staates nicht würdig, seinem eigenen Feinde die Mittel zum Aufbruch zu bewilligen; es ist eine Anstandslosigkeit des Staates, diese Gelder einzubalten, der Staat kann nicht stillschweigen und sich mit eigenen Mitteln daran befleißigen, daß gegen ihn der Aufbruch von einer Seite gepredigt wird, wo er am meisten in eigenen Interesse derselben unterdrückt werden müßte. Ich sage, im eigenen Interesse, denn Sie ziehen an denjenigen, die wir im Allgemeinen die Hegapläne nennen, eine Gesellschaft groß, mit der Sie näher, wenn Sie einmal wieder in gute Zeiten kommen werden, auch Ihrerseits Ihre Noth haben werden. Alle diese jungen ehrgeizigen Streber, die werden ja auch größer, die wollen später ja auch befriedigt sein, die wollen ja auch nicht immer Hegapläne bleiben, die wollen ja nicht immer bloß Zeitungen schreiben, die wollen ja Bischöfe werden. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit links.) Wir nun haben nach dieser Seite hin in Bezug auf die Geschlossenheit in diesem Kampfe auch außerordentlich gewonnen. Es ist wie in früheren Zeiten; es lassen sich mehrere Beispiele der Art citiren, u. A. das von Heinrich dem Vogelfestler. Ehe er die Ungarn schlug, übte er seine, wie man behauptet, damals gegen ihre Vorfahren im kriegerischen Sinne heruntergenommenen Unterthanen in allerhand Gefechten zehn Jahre lang, bis er sie gegen den eigentlichen Feind in den Kampf führte. Dieser Kampf ist ja für den preussischen Staatsmann, womit ich nicht mich meine, sondern die sämtlichen Staatsmänner, die hier versammelt sind, eine außerordentlich nützliche Schule geworden in der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, daß der Staat einige Hilfsmittel zu seiner Vertheidigung

haben muß, daß ein starker Staat bestehen muß, daß alle Parteien ein Interesse haben, daß der Staat gefahrt werde gegen die Partei, die den Staat in seinen Grundfesten, in seiner Existenz, ansetzt. Die Folge davon wird sein, daß wir mit der Zeit nur zwei Parteien haben, eine, die den Staat negiert, die ihn bekämpft, und die andere, die den patriotisch abhänglich gestimmten adäquaten Leute (Umribe im Centrum), womit ich keineswegs die anderen als nicht adäquate bezeichnen will. Diese große Partei wird sich bilden. Es rufen ja diese Parteien schon jetzt näher zusammen. Sind nicht die von der äußersten Rechten aus ihrer Abgeschlossenheit entzogenkommenden, ich möchte sagen moderner geworden? Und sind nicht die von der äußersten Linken, die hier vertretenen Mitglieder der Fortschrittspartei, ganz offen zu Aussprüchen gelangt, die beweisen, daß sie doch auch die Notwendigkeit des Staates anerkennen, und daß es nützlich ist, auf die Fundamente dieses Hauses, in dem wir alle wohnen und von dessen Dach wir alle Schutz erwarten, nicht mancherbrochen mit der Art loszuarbeiten? Alle diese früheren Sünden im politischen Leben haben vielfach eine Einkehr und Umkehr gemacht, und ich wiederhole es, durch dieses Wirken der Gegner ist die große patriotische Majorität größer und stärker geworden. (Beifall links.) Was aus dem Staat würde, wenn wir den Kampf aufgeben, wenn wir also jetzt die Bahn betreten, die der Vordränger in bisher diplomatischer Anordnung — der Vordränger ist gewiß ein besserer Diplomat als ich (Gesteht) — uns empfahl, das kann ich nicht beurtheilen. Unsere Aufgabe ist es nicht, dergleichen Wege zu suchen, wer uns braucht, der weiß uns zu finden. (Beifall.) Der Vordränger hat meine Angaben über das Vermögen des Jesuitenordens und des Papstes bemängelt und mich mit dem Scherz abgefunden, seit wann ich Finanzminister der Jesuiten und des Papst's sei. Ja glaube, man kann auch ohne gerade Finanzminister des preussischen Staats zu sein, doch eine erhebliche Einsicht in die Vermögensquellen und in das Einkommen des preussischen Staats haben; wir alle haben ja diese Einsicht. Sie sehen also, daß dieser lebenswichtige Scherz nicht einmal den Grad von Anwendbarkeit auf die Sache hat, den sonst seine Scherze zu haben pflegen. (Gesteht.) Wenn man 25 Jahre lang in größeren politischen Geschäften zugebracht hat, wie ich, so erfährt man eine Menge Dinge, und da glaube ich, daß ich Ihnen mit einiger Sicherheit, wenn ich den Jesuitenorden zur Einkommensrechnung einschicken sollte, denselben augenblicklich nicht ganz so hoch wie das Vermögen des verstorbenen Rothschild, aber doch auf die Hälfte, auf 250 bis 280 Mill. Thlr. schätzen würde. Wir sind auch nicht ganz ohne Fühlung mit dem Jesuiten; ich habe in meinem Leben die Freundschaft mancher Jesuiten genossen; wir sind auch noch nicht ganz ohne Verbindung mit ihnen, ich will nicht so weit gehen zu sagen: Von Zeit zu Zeit seh' ich den Alten gern. (Gesteht.) Das Vermögen des Papstes ist weit davon entfernt, diese Biffer zu erreichen, indessen ist es immer noch groß genug, um den Papst außer Bedürfnis der italienischen Regierung gegenüber zu setzen. Der Peterspfennig allein inclusive der freiwilligen Gaben, die ihm andere bringen, hat im vorigen Jahre allein 12 Millionen Fr. eingebracht. Davon kann man als Bischof leben und auch unter Umständen politische Zwänge unterliegen, auch Anleihen machen. Damit ist die Quelle des Vermögens ja noch nicht erschöpft; die Herren werden ja selbst wissen, wie viel ein jeder dazu beizutragen. (Gesteht.) Dann hat der Vordränger von dem Majestätsverbrechen gesprochen. Die Majestät darf Gelder aus Kosten der Steuerpflichtigen aus dem Staatsfiscal dann überhaupt nicht zahlen, sobald sie wesentlich dazu dienen, die Kräfte zu erhalten und zu vermehren, die einzuweisen zur Unterhaltung, demnachst vielleicht zum Aufsturz und zum offenen Angriff gegen die Fundamente des Staats und des bürgerlichen Friedens benutzt werden können. (Beifall links.)

Abg. Gneist: Der Abg. für Meppen hat seine Erörterungen an die Erinnerungen des 18. März geknüpft. Nun es war allerdings eine durchaus angemessene Feier dieses Tages, eine Veranstaltung zu treffen, durch welche die Encyclica, die directe Auforderung zum Widerstand an alle Gläubigen, in einer, dem gemeinen Mann allgemein verständlichen Sprache von dieser Stelle aus feierlich publiziert werde in der Form einer amtlichen Bekanntmachung, die so gar durch die Organe des Staates selbst in die kleinste Hütte des Landes getragen werden kann. (Sehr gut! links.) Der Vordränger wirft uns Unterwürfigkeit gegen den omnipotenten Staat vor. Die Gesetze des sogenannten omnipotenten Staates sind nicht die Gesetze des Ministers Kall oder des Hrn. Salsencleber, auch nicht die Gesetze der wechselnden Majorität des Hauses, sondern Gesetze des Königs mit Zustimmung des Landtags, sie sind als deutsche Gesetze die Gesetze der verbindehten katholischen und evangelischen Christen Deutschlands mit Zustimmung des Reichstages. Ich antworte dem Abg. Windthorst: Wir gehorchen den Gesetzen, von welchen wir wissen, daß sie Recht und Gewissensfreiheit in einer in der europäischen Welt beispiellosen Toleranz und Achtung des religiösen Glaubens handhaben. (Sehr gut! links.) Aber den Gesetzen einer unsehlbaren Macht sich in Blanco zu unterwerfen, dagegen sträubt sich unser Freisinn und wir antworten Ihnen darauf: wir wissen, daß, soweit unsere Gedanken reichen, die Regierung des Papstes und seiner jesuitischen Rathgeber, so lange dies Regiment besteht, noch Niemandem Recht, noch Niemandem Duldsung, noch Niemandem Schonung auch der gemeinsten Menschenrechte hat widerfahren lassen anders, als den eigenen Unterthanen des Papstes und den gehorsamen Sklaven der Jesuiten, Niemandem anders als dieses, und das werden und wollen wir niemals sein! (Beifall links.) Stellen Sie uns die Wahl zwischen dem uns bekannten omnipotenten Staat der Hohenzollern und Ihrem omnipotenten Staat — nun, unsere Wahl war längst getroffen, ehe wir hier zusammenkamen. (Sehr richtig.) Die ganze Theorie der Herren vom Centrum beruht auf der Selbstinterpretation der Art. 15 und 18 der preussischen Verfassung. Kein preussischer Gerichtsbehörden erkennt diese Interpretation, die wahrhaftig Theorie der Souveränität mehrerer Kirchen in einem Staate an; das Obertribunal verweist sie alljährlich durch seine Entscheidungen dahin, wohin wir kommen, wenn Gesetz und Verfassung nicht nach den Grundätzen der Justiz, sondern nach dem Belieben der Parteien maßgebend interpretiert werden sollen? (Sehr richtig.) Was uns heute die Herren vom Centrum in die Art. 15 und 18 der Verfassung hineinlegen wollen, das haben wir ja schon einmal in Deutschland als geltendes Recht gehabt. Nun, sie führten damals vor 200 Jahren zu ganz unwahrscheinlichen Zuständen, welche von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sich unenträglich steigerten. Die Protestanten erhoben dieselben Ansprüche, wie die Katholiken, in Bezug auf Eherecht, Kinder-Erziehung u. s. w. Was ist denn das historische Resultat des dreißigjährigen Krieges? Der Nachweis der Unmöglichkeit des Nebeneinanderbestehens mehrerer souveräner Kirchen auf einer und derselben Scholle des Landes. (Beifall links.) Erst die von Ihnen so sehr geschätzte Gesetzgebung des säcular-papstlichen Staats hat wieder ein Volk in Deutschland geschaffen und sind Ihnen die Resultate dieser Gesetzgebung nicht heilig, dann werden jene Zustände wiederkehren, in welchen es dem Kinde der einen Confession als ein unzulässbares Sacrilieg eingepflanzt wird, mit dem Kinde einer anderen Confession in das Vaterhaus einzutreten. (Unruhe.) Die

Unmöglichkeit dieser Staatsgesetze erklären, das heißt den Religionsfrieden brechen, veranlassen mag möglich sein in Italien, wo ich einst einen Jesuitenpater gegen Staatsgesetze Donner hörte, daß man glauben konnte, der Mann sähe den Untergang der Welt vor sich und ihn dann gemüthlich Arm in Arm mit einem Mitgliede der Geosorteria nach Hause schleudern sah. Deshalb auch ist das Urtheil des Hrn. Bonghi über unsere Kirchen-Gesetzgebung völlig irrelevant; der Herr hat mit die Ehre erwiesen, mehrere meiner Schriften zu übersetzen, aber er ist trotz seiner Kenntniß der deutschen Sprache absolut unfähig, sich in die Gedankengänge eines Deutschen in kirchlichen Fragen hineinzuversetzen. Nebenbei auch mag möglich sein in Oesterreich und überall da, wo das Volk in seiner großen Masse einer Confession anhängt; aber in Deutschland, dem Lande mehrerer Confessionen, solche Bullen, wie die Encyclica, in das Reich zu schleudern, das heißt nichts anderes als: Wir sind fertig mit einander; wir wollen jetzt sehen, wer der Stärkere ist. (Lebhafter Beifall links.) Was soll denn Ihr passiver Widerstand bedeuten, wenn Sie Alles thun, um die hinter Ihnen Stehenden zum activen Widerstand zu reizen? (Arm im Centrum.) Hat Ihre Partei irgend ein Mittel der Demagogie verschmäht? Wir haben ein reiches Repertoire in solchen Dingen aus dem Jahre 1848; aber Sie haben alles & sbe darin Dagewesene weit, weit übertrifft. (Sehr richtig! links.) Sie können gar nicht die Garantie übernehmen für so angeregte Massen, und wie jede Partei, müssen Sie es sich gefallen lassen, nach Ihren Mitteln beurtheilt zu werden. Schneiden uns von Himmels Höhe die Auftragsproclamationen in das Land, wie diese Encyclica, dann müssen wir uns an die halten, bei welchen der Blüthfluss sich findet, und kein europäischer Staat würde gegen die Träger so gefährlicher Waare ein milderes Verfahren eintreten, als der preussische Staat mit dieser Vorlage. (Stillschweigender Beifall links.)

Beifallig bemerkt Abg. v. Gerlach gegen Gneist: Nichts beweist seine Friedfertigkeit, von jeder Reizung zu Gewaltthaten entsetzte Stimmung deutlicher als die Thatfache, daß er als Protestant der fraction des Centrums beigetreten sei, um die kirchliche Gemeinlichkeit, deren Interessen er vertritt, gegen das Unrecht zu schützen, das ihr angethan werden soll. Windthorst (Reppen) spricht in Bezug auf eine Reue der Hrn. v. Bismarck (der gegen den Schluß der Rede Gneist's den Saal bereits verlassen hat) die Vermuthung aus, daß, wenn man in Hannover zwischen dem examinirten und dem nicht examinirten Minister wählen dürfte, man ohne Zweifel den ersteren wählen würde. — § 2 wird mit großer Mehrheit angenommen. — Nächste Sitzung Freitag.

Herrenhaus.

12 Sitzung vom 18. März.
Die Vormundschaftsordnung wird von § 51 bis zu Ende durchberathen und in den meisten Paragraphen nach dem Vorschlag der Commission mit kleinen Aenderungen angenommen. Eine neue Fassung erhält die Bestimmung über den Gemeinde-Waisenrath (§ 51) nach einem Antr. v. Vogl: „Dem Vormundschaftsgericht sind für jede Gemeinde oder für örtlich abzugrenzende Gemeintheile ein oder mehrere Gemeindeglieder und sind jedem Ortsbezirk ein oder mehrere Angehörige derselben als Waisenträger zu sein.“ Für benachbarte Gemeinden oder Ortsbezirke können dieselben Personen zu Waisenträgern bestellt werden. Das Amt eines Waisenträgers ist ein unentgeltliches Gemeindeamt.“ Abgelehnt wird dagegen der zweite Theil des v. Vogl'schen Antrages: „Die nähere Einrichtung ist, soweit möglich, durch Ortsstatut zu regeln.“ Durch Gemeindebeschlüsse kann das Amt des Waisenträgers auch an kirchliche Gemeindeorgane mit deren Einwilligung übertragen und, wenn für einzelne Zweige der Gemeindevverwaltung besondere, dazu geeignete Organe bestehen, mit den letzteren verbunden werden.“

Die §§ 91—101 enthalten Schlussbestimmungen. Nach § 91 soll das Gesetz am 1. Januar 1876 in Kraft treten. Bank-Präsident v. Dechend wünscht, daß es erst am 1. Januar 1877 in Kraft trete und führt etwa Folgendes aus: Wenn das Gesetz schon 1876 in Kraft tritt, so werden auch schon zu diesem Zeitpunkte der Preussischen Bank, resp. der Reichsbank, die von den Gerichten ihr überwiesenen Depositen entzogen werden, welche Maßregel der Bank leicht Schwierigkeiten bereiten könnte. Die Goldwährung steht ja zur Zeit nur noch auf dem Papier und wird erst factisch existieren, wenn die kleinen Noten der Privatbanken vollständig entzogen sein werden. Die Umgestaltung der Preussischen Bank in eine Reichsbank hat eine Verdoppelung des Stammkapitals zur Folge, eine Stärkung wird sie daraus aber in der nächsten Zeit noch nicht schöpfen, zumal sie im Anfang nächsten Jahres ihre Filialen über ganz Deutschland ausdehnen muß. Ist dieser Zeitpunkt wohl der geeignete Augenblick, um der Bank etwa 24 Millionen zu entnehmen? Ich wünsche, daß das jetzige Verhältnis zwischen den Gerichten und der Preussischen Bank vorläufig noch bestehen bleibe und demnach für eine bestimmte Zeit auf die Reichsbank übertragen wird. Es besteht auch kein Hinderniß, das jetzige Verhältnis fortbestehen zu lassen. Die Finanzverwaltung braucht die Depositen-gelder nicht und der Bank sind sie für die nächste Zeit noch dringend wünschenswerth. — Finanzminister Camphausen: Um die von dem Herrn von Dechend beregte Angelegenheit in Ordnung zu bringen, bedarf es einer Verständigung mit dem Reich. Daß die Goldwährung vorläufig nur noch auf dem Papier besteht, mag richtig sein und ich werde Alles thun, um die Operation wegen der kleinen Noten möglichst schnell durchzuführen. Ich möchte indessen davor warnen, sich diesen Project allzu schlimm zu denken. Hätte ich erwarten können, daß dieser Gegenstand heute hier zur Sprache kommen werde, so würde ich mich mit dem erforderlichen Material versehen haben, um Befragte in dieser Hinsicht zu zerstreuen. Das aber darf ich bestimmt erklären, für die Preussische Bank werden keinerlei Schwierigkeiten eintreten. Der starke Abfluß von Gold aus Deutschland erklärt sich aus dem Umstande, daß wir eine Menge von Zahlungsmitteln haben. Wenn Jemand 10 Thlr. in bezahlen hat und er kam durch Eingabe von drei 10-Markstücken ein kleines Agio verdienen, so giebt er das Geld fort und behält den Behälter zurück. Jedoch, wir haben ja heute keine Bank- oder Geldfrage zu verhandeln. Was nun den Termin für das Inkrafttreten dieses Gesetzes betrifft, so ist mir derselbe an sich gleichgültig, ich bemerke nur, daß durch eine Hinausschiebung derselben die Wirkungen des Gesetzes nutzlos verzögert werden. — Reg.-Commis. Kurban: Erst die Depositalordnung wird eine Bestimmung darüber zu treffen haben, wann die Depositen der Bank entzogen werden sollen. Reinenfalls wird dies aber schon 1876 geschehen. — Nachdem auch Dr. Zellkamp und Referent Derenburg sich gegen den Dechend'schen Antrag erklärt hatten, welchen nur Graf Brühl bestritt, wird derselbe abgelehnt. Das Gesetz tritt sonach schon am 1. Januar 1876 in Kraft.

§ 100, welchen die Commission neu eingefügt hat, lautet: „Rückständig der Vormundschafts- und Plegschaftsangelegenheiten der Mitglieder der königlichen Familie und des Hohenzollern'schen Fürstenthums besteht es bei der Hausverfallung sein Vermögen.“ Es entspringt sich eine Debatte darüber, ob eine solche ausdrückliche Bestimmung überhaupt nöthig sei. Für die Nothwendigkeit plaidirt Graf zur Lippe, gegen dieselbe der Justizminister. § 100 wird angenommen, ebenso folgender, von dem Prof. Bejeler vorgeschla-

gene Zusatz: „Die bisher geltenden Vorschriften der Privatfamilienrechte der reichsständlichen Familien werden durch dieses Gesetz nicht berührt.“ — Nächste Sitzung Freitag.

Danzig, den 19. März.

„Also doch nach Canossa!“ rief neulich die päpstliche „Vox della Verita“ aus, als sie die Meldung deutscher Blätter erfuhr, daß vorläufig keine weiteren politischen Gesetze vorbereitet werden sollten. Mittlerweile wird aber ein sehr deutliches „Nach Canossa gehen wir nicht“ über die Alpen geschallt haben. Es werden noch sehr einschneidende Maßregeln vorbereitet. Eine Stimme aus Berliner Regierungskreisen verkündet in der Wiener offiziellen „Montags-Revue“: „Die episcopale Organisation der katholischen Kirche Preußens erweist sich als unvereinbar mit dem Bestande der Monarchie. Die Glaubensfragen, um die es sich ja überhaupt nicht handelt, werden staatlicherseits nach wie vor unberührt bleiben, aber die äußere Organisation der katholischen Kirche Preußens wird sich in Zukunft nicht nach den Wünschen und Bedürfnissen einer feindlichen Macht, sondern nach den Bedürfnissen und Existenzbedingungen des Staates zu regeln haben. Die päpstliche Encyclica vom 5. Februar hat das „los von Rom“ gesprochen und damit zur Aufgabe der Gegenwart gemacht, was die Regierung der weiteren Entwidlung der kommenden Jahre überlassen zu können glaubte. Die Action ist dadurch wesentlich vereinfacht und klarer geworden.“

Man hatte im Abgeordnetenhause gehofft, die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Entziehung der Staatsleistungen möglichst beschleunigen zu können; die Annahme war sicher, man wollte von jeder umfangreichen Aenderung absehen, bei jedem Paragraphen dem Centrum eine höchstens zwei Reden zukommen lassen und möglichst wenig erwidern. Aber schon der erste Paragraph rief einen Zwischenfall hervor, welcher diese Absichten über den Haufen warf.

Zwei Redner führten sich gestern im Hause ein, welche erst in dieser Legislaturperiode in dasselbe eingetreten sind. Sie gehören den beiden Parteien der Katholiken an. Freiherr v. Wendt-Papenhäuser, geb. im Januar 1832, gehört dem westfälischen Adel an, ist in seiner Heimatprovinz wie in Lippe-Deimold begütert, Landwehr-Cavallerie-Officier a. D., Malteser-Ritter, war Referendar und Assessor bei dem Kreisgericht zu Münster und bei den Regierungen zu Münster und Arnberg und trat 1868 aus dem Staatsdienst. Sein altkatholischer Gegner, Werner, ist nur 2 Monate älter, geborener Schlesier, war Richter in Lobens und Schneidemühl, dann Abtheilungs-Direktor in Graudenz bis September 1870, machte auch mit dem Landwehr-Bat. Graudenz den Feldzug 1870/71 beim Verder'schen Corps mit, ist seitdem Gerichts-Director in Demmin, wo er auch in's Abgeordnetenhaus gewählt wurde.

Die Abgeordneten des Centrums haben schon seit lange weniger für das Abgeordnetenhaus, als Artikel für die ultramontanen Blätter gesprochen, die sonst bestrast worden wären, aber als Theil des parlamentarischen Berichtes straffrei blieben. Zu gestern war eine neue, sehr „feine“ jesuitische Taktik erfunden. Die päpstliche Encyclica ist mit Beschlag belegt, darum muß sie der westfälische Freiherr von der Tribüne verlesen, auf diese Weise kann sie dann straffrei abgedruckt werden. Präsident v. Bennigsen konnte nichts dagegen thun, nach der früheren Geschäftsordnung stand dem Präsidenten das Recht zu, die Vorlesung von Actenstücken, mit Ausnahme der Actenstücke des Hauses, zu verbieten. In der neuen Geschäftsordnung ist diese Bestimmung weggelassen. Der Zwischenfall wird natürlich zunächst zur Folge haben, daß die Lücke in der Geschäftsordnung ergänzt wird, am besten wohl, indem man zu dem Verfahren zurückkehrt, welches man bedauerlicher Weise seit 1866 verlassen hat. Bis zu jener Zeit hatte der Präsident in jedem einzelnen Falle die Genehmigung des Hauses einzuholen, wenn irgend eine Verlesung erfolgen sollte.

Der Vorfall wird aber wahrscheinlich noch weitere Folgen haben. In allen Parteien außerhalb des Centrums ist man über den Mißbrauch, welcher mit den Privilegien des Hauses getrieben wird, entrüstet. Das Organ der nationalliberalen Partei, die „nationalliberale Correspondenz“, schreibt: „Wenn bisher zwischen dem Centrum und den übrigen Parteien immer noch Berührungspunkte bestanden, so hat selbstverständlich das durch Herrn v. Wendt inaugurierte Vorgehen das Tafelstuch ganz entzwei geschnitten. Der Schaden dieses vollständigen Bruches wird sicherlich nicht auf Seiten der staatsfreundlichen Parteien sein. Endlich wird die heutige Sitzung auch auf die Frage, ob in der gegenwärtigen Session noch weitere kirchenpolitische Gesetzgebungsmaßregeln ergriffen werden sollen, nicht ohne Einfluß bleiben. Noch an keinem anderen Tage hat sich so überzeugend der Gebanke geltend gemacht, daß es in dem großen inneren Kampfe nur noch zwei Parteien geben darf, eine staatsfreundliche und eine staatsfeindliche; noch an keinem anderen Tage ist es so unzweifelhaft sicher gewesen, daß die Regierung für die Durchführung dieses Kampfes auf die große Majorität der Volksvertretung jederzeit mit Sicherheit sich verlassen kann. Die Jesuiten mögen ihre Freude haben an der „feinen“ Taktik, welche ihre Schüler im preussischen Abgeordnetenhause zum Besten gegeben haben; der wahre Vortheil des Tages aber fällt nicht ihnen, sondern ihren Gegnern zu.“

Wenn wir von den Concessionen absehen, welche der Cultusminister und einige höhere Verwaltungsbeamte um der bei Hof zeitweise sich fühlbar machenden Gegenströmung willen noch dann und wann der lutherischen Orthodoxie machen zu müssen glauben, so können wir mit dem Verlauf des kirchenpolitischen Kampfes zufrieden sein. Die Ultramontanen sind trotz ihrer äußeren Schlauchheit doch mit Blindheit geschlagen. Das Geheimniß der Siege des Fürsten Bismarck beruht zum Theil darin, daß er, so früher Dänemark und Oesterreich gegenüber, dem Gegner anfangs ziemlich acceptable Bedingungen anbietet. Dieser denkt, bietet jener soviel, so wird man von ihm wohl noch mehr herausgeschlagen können, wenn man ihm ernst gegenübertritt. Fürst Bismarck weiß den Gegner aber in immer unangenehmere Positionen zurückzudrängen, und

will dieser dann die früheren Propositionen acceptiren, so ist die Situation schon so sehr verändert, daß der deutsche Staatsmann jetzt ganz andere Bewegungen stellt und ihn so immer weiter zurücktreibt, bis dieser nicht mehr schaden kann. So auch in diesem Kampfe. Die Ultramontanen würden heute schon gern über sich ergehen lassen, was sie vor 2 Jahren mit Entrüstung zurückwiesen, Windthorst bietet ein über das andere Mal den Frieden an und stellt nur eine Bedingung: Deutschland solle mit dem Papste unterhandeln, dieser werde dann die Staatsprüfungen der Geistlichen, die Anzeigen u. s. w. gestatten, wie in Oesterreich. Als aber der Papst den Cardinal Hohenlohe in so brücker Weise als deutschen Botschafter zurückwies, da hat er den deutschen Kaiser in einer Weise beleidigt, welche eine solche Brücke zu einem faulen Frieden verbietet. Die Päpste fügen sich in Alles, wenn und so lange sie müssen, um bei gelegener Zeit wieder mit allen ihren Machtansprüchen hervorzutreten. Hoffentlich wird Preußen niemals mehr in Verhandlungen mit dem Papste eintreten, sondern die kirchlichen Dinge, so weit sie den Staat tangiren, nur auf dem Wege der Gesetzgebung ordnen.

Auch bei dem Gesetz über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens wiederholt sich die eben beschriebene Taktik. Der Entwurf giebt der Wirksamkeit der Bischöfe und Geistlichen noch viel zu viel Spielraum. Durch die gestern besprochene Erklärung des Erzbischofs Melchers im Namen des Episcopats ist nunmehr entschieden, daß die Bischöfe auch gegen dieses Gesetz sich negativ verhalten und die Bildung der Gemeindeorgane zu verhindern suchen werden. Die Folge werde also sein, daß der Staat die Verwaltung des gesammten Pfarr- und localen Kirchenvermögens commissarisch in die Hand nehmen muß. Eine enorme Folge, welche aber die Bischöfe mit sehndenden Augen herbeiführen.

Don Carlos' Bruder Alfonso hat sich schleunigst aus dem Staube über die deutsche Grenze gemacht, um der Auslieferung an die spanische Regierung aus dem Wege zu gehen. Er kam am Montag Nachmittag mit Frau und Schwiegermutter nach München, machte dort der Königin-Mutter und einigen Prinzen seine Aufwartung, muß aber einen deutlichen Wink bekommen haben, daß er unbequem sei. Dienstag Mittags reiste er plötzlich über die Grenze und hat nun bei dem Grafen Chambrond in Frohsdorf ein Asyl gesucht. — Einem Telegramm der „Independance“ aus Biarritz zufolge hat Don Carlos ein neues Manifest erlassen, um darin alle Convenio-Ideen zurückzuweisen und den nachtheiligen Eindruck zu vermeiden, welchen die Haltung Cabrera's auf die carlistische Partei hervorgerufen hat.

Deutschland.

Δ Berlin, 18. März. Der Handelsminister Dr. Uchenbach empfing gestern Vormittag eine vom Verbands-Anwalt Dr. Max Hirsch geführte Deputation der Berliner Ortsvereine. Derselbe begründete die Beschwerde, daß trotz des unzweifelhaften Ministerialrescripts vom 8. Mai v. J. die Mitglieder der Gewerbevereins-Hilfskassen noch fortwährend durch Execution der Zwangskassenbeiträge Seitens der Magistrate in ihren bona fide erworbenen Rechten beschränkt werden. So würde gerade jetzt Execution gegen Mitglieder verschiedener Berliner Ortsvereine vollstreckt, welche bereits seit länger als 3 Jahren aus der Zwangskasse in die Ortsvereinskasse übergetreten sind, bisher niemals zur Zahlung aufgefordert wurden, und jetzt die ganzen rückständigen Beiträge (in einem Falle 90 Mk.) zwangsweise zahlen sollen. Der Minister sprach in wohlwollendster Weise sein Bedauern über dies Vorgehen aus, welches weder seinen Intentionen noch denen der Reichsregierung entspreche und schon mit Rücksicht auf die bevorstehende Regelung des Hilfskassenwesens durch Reichsgesetz hätte unterbleiben sollen. Der Minister forderte die Deputation auf, ihre Beschwerden zu formuliren und verheiß, soweit seine Competenz reiche, Abhilfe. — Die Commission für das Gesetz über das katholische Gemeinde-Kirchenvermögen wird heute Abend ihre Arbeiten zum Abschluß bringen. Der Abg. Gneist wird dem Hause schriftlichen Bericht erstatten. — Die Gemeinde-Commission beschloß sich gestern Abend mit dreizehn Petitionen aus den verschiedensten Theilen der Monarchie über die Communalsteuerung; namentlich beschwerte man sich über die Befreiung der Beamten, Geistlichen und Militärpersonen, über die Stellung der Actiengesellschaften, Versicherungsgesellschaften etc. Der Abgeordnete Runge referirte über die Petitionen und sprach sich namentlich gegen die Steuerbefreiungen aus. Der Regierungs-Commissar erklärte, die Regierung sei mit einem Gesetzentwurf über die Regelung des gesammten Communalsteuerwesens beschäftigt, der Entwurf sei bereits ausgearbeitet, habe jedoch noch Vorarbeiten zu durchlaufen, so daß er schwerlich noch in dieser Session werde eingebracht werden; übrigens bezweifelte der Commissar, daß die Regierung der Aufhebung der Communalsteuer-Begünstigung für einzelne Beamtenklassen so geneigt sein werde, wie der Referent. — In der Commission für die Provinzialordnung wird heute Abend bereits der Bericht festgestellt, den der Abg. Miquel mit Hilfe von Stenographen in drei Tagen angefertigt hat. Der Bericht umfaßt nach dem ausdrücklichen Wunsch der Commission nur die Hauptmomente der Verhandlungen, gleichwohl ist derselbe ziemlich voluminös ausgefallen.

— Kaiser Wilhelm hat, wie wir aus dem Bericht der Deutschen Gesellschaft in New-York erfahren, diesem das Wohl und die Interessen der dortigen Deutschen fördernden Institut 200 Dollars zustellen lassen; ebenso haben die Könige von Bayern und Sachsen, der Herzog von Anhalt und die Senate von Hamburg und Lübeck der Gesellschaft namhafte Geschenke gemacht. — Wie der „Fr. Ztg.“ berichtend bemerkt wird, ist nicht an den Früher in der Commission zur Ausarbeitung einer Reichs-Concursordnung beschäftigten, jetzt zum Kaiserlichen Regierungsrath ernannten und als solcher ins Reichskanzleramt berufenen Stadtgerichtsrath Hagen's II. (Carl Ludwig), sondern an dessen älteren Bruder, den Stadtgerichtsrath Hagen's I. (Frz. W. Ludwig) der am 1. März Eintritt in das internationale Gericht zu Kairo ergangen. Der Gericht's-Asseffor v. B...

Altschottländer Synagoge.
Morgen, Vormittag 10 Uhr. Prebigt zur Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers und Königs **Wilhelm I.** (2989)

Nach langem schweren Leiden entschlief sanft, heute Morgen, mein geliebter Mann, unser geliebter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Nefte, der Schiffs-Capitän **Herr Johann Heinrich Fischbeck** im 33. Lebensjahre. Tief betrübt zeigen wir dieses Verwandten und Bekannten an. (2980) Die Hinterbliebenen.

So eben erschien:
Anleitung zur Berechnung von Porto für Pakete, Briefe mit Werthangabe, Postvorschußsendungen, wie des Personengeldes und des Ueberfrachtportos mit 2 Tabellen und einem Verzeichniß der Tarzonen. Vom 1. Januar 1875 ab.
Bei den Schalterstellen des hiesigen Postamtes wie in den Buchhandlungen von **H. W. Kafemann und Leon Saunier** (A. Scheinert) zu haben. Preis 20 Pf. Die billigsten und elegantesten **Visitenkarten**, 100 Stück 1 Mrk.. liefert nach Mustern die lithogr. Anstalt von **Müller u. Co.** Comtoir Holzgasse No. 2. Von 12-1 Uhr geschlossen. (2984)

Vorzügliche Himbeer-, Apfelsinen- u. Johannisbeeren-Limonaden-Essenzen.
Himbeerfrucht a Flasche 8 Sgr., Kirschfrucht a Flasche 7 Sgr., eingemachte Blaubeeren a Flasche 7 1/2, 6 und 5 Sgr., Preiselbeeren mit Zucker a 6 Sgr. empfiehlt **Gustav Henning**, Altkädt. Graben 107/108. (3004)

Beste türk. Pflaumen a Ctr. 13 und 14 Thlr. empfiehlt (2986) **C. W. H. Schubert**, Hundeg. No. 119.

Kaffee's, reinschmeckend, von 11 Sgr. an, so wie feinen gelben Java-Kaffee pro Pfund 14 Sgr. empfiehlt **Carl Wallisch**, Pfefferstadt 38.

Süßen Ober-Ungar-Wein, vorzüglich, a Flasche 12 1/2 Sgr., Rum, Arrac, Cognac, zu den billigsten Preisen, empfiehlt **Carl Wallisch**, Pfefferstadt 38.

Genueser Saccade, beste Qualität, per Pfund 15 Sgr., bei Mehrabnahme billiger, Rosinen, Bantecorinthen, süße und bittere Mandeln billigt empfiehlt **Carl Wallisch**, Pfefferstadt 38.

Feinste Raffinade in Brod den pro Pfund 5 1/2 Sgr., gemahl. Raffinade pro Pfund 3 Sgr., bei Mehrabnahme billiger, reinschmeckende Farine gebe billigt ab. (2979) **Carl Wallisch**, Pfefferstadt 38.

Am 17. März entschlief sanft **Fried. Franz Doehn**. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 20. d., Nachmittags 3 Uhr statt. Dirschau, den 18. März 1875. (2966) **E. Luedecke**.

Frische Tafelbutter, zu verschiedenen Preisen, sowie Kochbutter, offerirt **Julius Tetzlaff**, Hundeg. 98.

Apfelsinen pro Duzend 12 u. 15 Sgr. **Citronen** billigt, empfiehlt **Julius Tetzlaff**.

Gothae Leberthraufwerk, Gothae Cervelatwurst empfing frisch **Julius Tetzlaff**.

Feinste Tischbutter à Pfd. 12 und 13 Sgr. empfiehlt **Gustav Henning**, Altkädt. Graben No. 108. (3004)

Tafelbutter feinsten Qualität trifft täglich frisch ein und empfiehlt (2987) **C. W. H. Schubert**, Hundegasse No. 119.

Gathar. Pflaumen in Kisten und ausgewog., empfiehlt **Carl Schnaroke**.

Messin. Apfelsinen und Citronen in Kisten offerirt (3013) **Carl Schnaroke**.

Amerik. Schnitt-äpfel empfiehlt **Carl Schnaroke**.

Die Handschuh-Fabrik von F. A. Sildebrandt, Hundegasse 107, vis-à-vis Walter's Hotel, empfiehlt ihr anerkannt gutes Fabrikat zu 10, 12 1/2, 15 bis 60 Sgr. Billigste Bezugsquelle für Detaillisten. (2899)

Das Bier-Verlags-Geschäft
von **N. Pawlikowski**
Hundegasse No. 190,
offerirt
Danziger Actien-Bier.
30 Flaschen für 3 Rmk., in weißen und grünen Flaschen frei ins Haus.

STATUS
der Marienburger Privat-Bank D. Martens Marienburg
am 31. December 1874.

General-Bilance.

Activa.				Passiva.			
	Rp.	Sgr.	h.		Rp.	Sgr.	h.
Wechsel-Bestand	368,759	—	—	Actien-Capital	100,000	—	—
Lombard	161,479	7	—	Depositen			
Cassa	3,021	29	2	A. Rp. 524,641. 3. 3.			
Effecten	96,878	9	6	B. " 275. — —			
Effecten-Zinsen	3,395	8	6	C. " 54,130. — —	579,016	3	3
Diverse Debitores	107,578	11	1	Ueberhobene Wechsel-Zinsen	1,674	11	—
Einrichtungs-Conto	423	16	—	Lombard-Zinsen	660	21	—
Anlagen aus dem Reservefonds	19,372	—	—	Zu gewährenden Dep.-Zinsen			
Grundstück Königsdorf	2,521	22	6	A. Rp. 10,351. 16. —			
				B. " 4. 16. —	10,442	4	6
				C. " 86. 2. 6	29,720	16	6
				Diverse Creditores	19,288	17	6
				Reserve-Fonds	8,597	—	—
				Special-Reserve	7,000	—	—
				Dividenden-Conto			
	756,429	13	9		756,429	13	9

Debet. Gewinn- und Verlust-Conto. Credit.

Debet.				Credit.			
	Rp.	Sgr.	h.		Rp.	Sgr.	h.
Depositen-Zinsen-Conto A.	21,590	22	6	Disconto-Conto	27,703	9	10
" " " B.	150	22	6	Lombard-Zinsen-Conto	8,769	22	—
" " " C.	609	1	6	Provisions-Conto	1,670	8	10
Handlungs-Umfosten-Conto	1,739	25	3	Effecten-Zinsen-Conto	5,308	27	5
Einrichtungs-Conto Abschreib.	38	15	—	Incasso-Conto	145	—	1
Effecten-Conto	4,285	2	—				
Gewinn- und Verlust-Conto	400	—	—				
Ueberschuß	14,783	9	5				
	43,597	8	2		43,597	8	2

Marienburg, den 31. December 1875.

Der Verwaltungsrath. Der persönlich haftende Gesellschafter.

Th. Gottschewski. D. Martens.

Außer den statutenmäßigen Zinsen von 4 % wird den Actionairen als Dividende pro 1874 noch 3 %, zusammen also 7 % bezahlt.

Der Coupon pro 1874 wird vom 1. April a. c. ab im Comtoir der Bank während der Geschäftsstunden eingelöst.

Verlag von Wilh. Schultze, Berlin.

Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen:
Die Reformation und ihre Märtyrer in Italien

von **Dr. David Erdmann**,
Divisionsprediger und Privatdocenten der Theologie zu Berlin.
Preis 1 Mark 50 Pf.

Die Reformation drang beim Beginn ihres siegreichen Zuges von Deutschland aus mit unwiderstehlicher Macht auch in Italien ein, in das unmittelbare Gebiet und Eigentum des Papstthums, wo die kirchlichen und religiös-sittlichen Zustände am verderbtesten waren. Aber kaum hatte das helle Licht des Evangeliums seinen Schein in die dicke Finsterniß hineinstrahlen lassen, als auch schon von Rom aus der Befehl zur Verhaftung der Ketzer und zur Ausrottung der „vom Teufel gefädelten Gottlosigkeit“ erging. Um die Unterdrückung des Protestantismus in ganz Italien sicher zu erreichen, wurde zu Rom ein Inquisitionstribunal errichtet und von dem damaligen Papste Paul III. die Congregation der heiligen Inquisition gegen die „lezerische Verderbniß“ eingesetzt, mit der unumschränkten Macht, als Ketzer ins Gefängniß zu werfen und mit Güterconfiscationen, ja selbst mit dem Tode zu bestrafen. Paul IV. gab den Inquisitionen das Recht, die Tortur in Anwendung zu bringen, um die Ketzer ausfindig zu machen. Kein Tag verging, an dem nicht Mehrere verbrannt, gehängt oder erhandelt wurden. Alle Gefängnisse waren so sehr mit Opfern der Inquisition überfüllt, daß man genöthigt war, neue zu bauen.

Während die Einen in langwieriger Haft vor Hunger umlameu, irten Andere mit Weib und Kind, oder auf immer von ihnen geschieden umher, nirgend sicher vor ihren Häusern. Andere verschwanden spurlos in den Abgründen der Steuergewichte, oder wie zu Venedig, in den Fluten des Meeres. Die von Rom aus angeleiteten blutigen Verfolgungen, welche so lange dauerten, als auch nur scheinbare Spuren der Reformation in Italien bemerkbar waren, standen an Grausamkeit und unmenschlichen Gräueln denen nichts nach, wodurch einst das heidnische Rom das erste Christenthum auszurotten sich bemühte. (2926)

Für Dampf- u. Wasserbetriebs-Maschinen, Brauereien und Brennereien:

Victor Lietzau,
Danzig, Brodbänten- u. Pfaffengassen-Gde No. 42.
Bei Entnahme von größeren Quantitäten werden die niedrigsten Katalog-Preise gestellt. (2992)

Amerikanische Anleihe, Russ.-Englische 5% Anleihe, Lombardische 3% Prioritäten, Oesterreich. Silberrente.
Die am 1. April resp. 1. Mai cr. fälligen Coupons löse ich schon jetzt ein.
Martin Goldstein,
Bank- und Wechsel-Geschäft,
10. Langenmarkt 10. (3016)

Amerikanische 6% 1882er Anleihe.
Nach den neuesten Nachrichten sind von der 4. Serie, der 11. Juni rückzahlbar, gefälligst:
die Stücke von 1000 Dollars No. 39,001 bis 66,000.
" " " 500 " " 13,601 " 20,000.
" " " 100 " " 27,501 " 40,000.
" " " 50 " " 10,001 " 15,400.
Wir lösen dieselben schon jetzt coursmäßig ein.
Meyer & Gelhorn, Danzig,
Bank- und Wechsel-Geschäft, Langenmarkt No. 40. (2995)

Das neueste und beste
Amerikanische Glanz-Stärke-Zusatz-Präparat.
Dieses von vielen Conumenten, sowie vom „Bazar“ warm empfohlene Präparat giebt der Wäsche eine vorzüglich feine, elegante und glänzende Appretur. Das Präparat, dessen Inhalt auf 300 Herrenhemden nebst der feineren Damenwäsche zu steifen berechnet ist, kostet 1 Mark und ist die alleinige Niederlage bei **Müller & Co.,** Comtoir: Holzgasse No. 2, von 12-1 Uhr geschlossen.

Loose zur 5. großen Westpreussischen Pferde-verloosung zu Neubrandenburg, a 3 Rmk., sind zu haben bei Müller & Co., Comtoir, Holzgasse 2, von 12-1 Uhr geschlossen. (2983)

Frischer Silberlach.
Heute eingetroffen **Röll, Danzig.** 70.

Bestellungen auf fette Buten w. Hundeg. 65 i. Comtoir angenommen.

Ein flottet **Material-Geschäft** mit Schaaf (Rechtstadt) ist sogleich zu übernehmen. 2000 Thaler erforderlich. Abt. u. 3012 i. d. Exp. d. Rtg. erb.

Eine **Lehrlingsstelle** ist unter günstigen Bedingungen zu besetzen in **L. Saunier's Buchhandlung,** A. Scheinert in Danzig. (2540)

Conditor-Lehrling.
Einen wohlgezogenen Knaben zur Erlernung des Conditorerfaches **Edward Grenyberg.**

Eine Wittve wünscht 2 Schülerinnen in Pension zu nehmen. Nähere Auskunft ertheilt **Herr Frieder Kollin,** Pfefferstadt No. 43. (3014)

Ein Sohn außändiger Eltern sucht zum 1. April in einer größeren Provinzial-Stadt, gleichviel welche Branche, eine Stelle als Lehrling. Abt. u. 3010 i. d. Exp. d. Rtg.

Für ein größeres Leinen- und Wäsche-Geschäft wird eine tüchtige Verkäuferin gesucht. Nur Damen, welche in dieser Branche gearbeitet, werden berücksichtigt. Gef. Abt. wolle man u. 3011 i. d. Exp. d. Rtg. abgeben.

Eine ältere Dame mit bescheidenen Ansprüchen, welche geneigt wäre, ein Mädchen von 8 und später einen Knaben von 6 1/2 Jahren in den Wissenschaften, sowie in der Musik, zu unterrichten und erziehen zu helfen, findet sofortige Stellung beim Hauptmann Müller in Gr. Grünhof bei Neue. (2970)

Ein altes Restaurationslocal in einer lebhaften Straße, welches sich auch zum anderen Geschäft eignet, ist mit oder ohne Mobiliar wegen Familienverhältnisse unter günstiger Bedingung sogleich zu übernehmen. Abt. v. Reflectanten w. u. 3000 i. d. Exp. d. Rtg. erbeten.

In meinem der Wiese gegenüber gelegenen Hause in Fährschenthal sind zwei Wohnungen zu vermieten. **B. Spillett.** (3005)

In meinem Hause, Fährschenthal 15, ist eine (früher von Herrn Dr. Hein benutzte) Wohnung für den Sommer zu vermieten. **Aug. Fr. Schultz.** (3005)

Stadt-Theater.
Sonnabend, den 20. März, bleibt das Theater geschlossen.
Sonntag, den 21. März. (Ab. susp.) Drittes Gastspiel des Hrn. Emmerich Robert. „Das Leben ein Traum“. Schauspiel in 5 Acten von Calderon. (2976)

No. 9029
kauft zurück die Expedition d. Danz. Zig. Bitte um acht Uhr. Gr. A. (2965)

Königsb. Pferde-Lotterie
Loose à 3 Rk., so wie zur Zeitiger Pferde-Lotterie a 3 Rk. (Auswärtigen noch außer dem 15 Sgr. für Bestellgeld und Frantatur der Sendung) zu haben bei **Theodor Berlin,** Herberaast No. 2. (2976)

Messina-Apfelsinen, große feine Frucht, 12 und 15 Sgr. a Duzend, empfiehlt (2826) **F. E. Gossing,** Jopen- und Portschaffengassen-Gde No. 14.

Verantwortlicher Redakteur **S. Ködner.**
Druck und Verlag von **A. W. Kafemann** in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Chocoladen aus den renomirtesten Fabriken, zu sehr billigen Preisen, vorzügliches **Chocoladen-Pulver** a Pfd. 80 Pf., empfiehlt **Albert Neumann,** Langenmarkt 3. (2727)

Einige Hundert Krucken zum Berliner Weissbier sind zu verkaufen **Hundegasse 119.**
Gemüse- und Blumen-Sämereien empfiehlt die Handelsgärtnerei von **J. L. Schäfer,** in Danzig, Sandgrube 21. NB. Cataloge stehen gratis und franco zu Diensten.
Die **Schuh-Waaren-Fabrik** von **T. Eberhard,** Hundegasse No. 19, empfiehlt zur bevorstehenden Frühjahrs-Saison das Lager elegant und dauerhaft gearbeiteter Fußbekleidungen in Zeug und Leder zur geneigten Beachtung. Bestellungen werden aufs sorgfältigste ausgeführt. (2891)

Danzig, 19. März 1875.

Vermischtes.

Berlin. Der Criminal-Commissarius, welcher dem flüchtigen Pils nachgeschickt wurde, ist bereits von seiner Reise zurückgekehrt, ohne indessen eine Spur aufgefunden zu haben.

In Kärnten wurde jüngst ein Lehrer in optima forma zum Eclibat verurtheilt. Nach der „Ehrerzeitung“ lautet das amtliche Decret: In Abetracht, daß der Ehebewerber Lehrer N. kein Privatvermögen besitzt und ein Jahresgehalt von nur fl. 431 bezieht, mithin nicht im Stande ist, eine Familie zu erhalten, die Braut A. aber auch nur fl. 400 Vermögen besitzt — wird die gerichtliche Ehebewilligung nicht ertheilt.

Görlitz. In diesen Tagen stand Fräul. Natalie v. D. vor Gericht, angeklagt, am 30. November vorigen Jahres ihrer Freundin, dem Fräulein Olga K. in Görlitz, zwei Loden (jede von etwa einer Viertel Elle Länge) abgeschnitten zu haben. Die Vererbung geschah mittelst eines Scheerenschnittes und die Loden des Fräulein K. waren natürliche. Die Staatsanwaltschaft hielt die stattgehabte umfangreiche Beweisaufnahme die Thätigkeit seitens der Angeklagten zwar für erwiesen, betrachtete den Fall aber nicht als Körperverletzung, sondern als thätliche Beleidigung (§ 185 des Strafgesetzbuchs.) In Folge dessen wurde eine Strafe von 45 K. und eventuell einer Woche Gefängniß beantragt. Der Gerichtshof dagegen erkannte zwar den Thatbestand der Körperverletzung für erwiesen, erkennt aber mit der Mobilisation, daß eine fünfjährige Gefängnißstrafe der Geldstrafe substituirt würde.

Medlenburg, 17. März. Der diesjährige Buchtmarkt für edlere Pferde in Neubrandenburg, welcher am 20. und 21. Mai abgehalten wird, verpflichtet aller Ansicht nach von besonderer Bedeutung zu werden. Zu Stallungen für 400 Pferde wurden im vorigen Jahre sehr solide Gebäude in Steinsachwerk aufgeführt und ist nichts unterlassen worden, um für die Pferde warme und zugfreie Ställe herzustellen. Zum Nutzen der Pferdebezugs werden alljährlich etwa 100—120,000 K. zu Ankauf von Pferden, auch von Reit- und Fabrikpferden auf den Markt verwandt. Mit Erfolg hat das Comité aus den bisherigen Verlosungen einen Fonds gebildet, der dazu bestimmt ist, diesen Markt zu erhalten und im Interesse der Pferdebezug vorzuziehen zu werden. Gleichzeitige mit dem Buchtmarkt findet in diesem Jahre eine Verlosung von Equipagen, 80 Pferden und ca. 1500 werthvollen Reit-, Fahr- und Stall-Requisiten wieder statt. Der Hauptgewinn besteht in einer eleganten Equipage mit 4 hochedlen Pferden im Werthe von 10,000 K., der gesammte Verib der Gewinne beträgt 97,000 K. Der Verkauf der Lose ist dem Herrn B. Siemerling in Neubrandenburg übergeben und kostet das Los 3 K. Die Anmeldungen von Pferden haben am 1. d. M. begonnen und belaufen sich schon nahe auf 250 Pferde.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 18. März. Effekten-Societät. Creditactien 213 1/2, Francofen 276 1/2, Lombarden 122 1/2, Galizier 212, Elisabethbahn 169 1/2, Franz-Josef-Bahn 152 1/2, Österreichisch-deutsche Bank 87 1/2, Spanier 23. — Fest.

Hamburg, 18. März. [Productenmarkt.] Weizen loco fester, auf Termine rubig. — Roggen loco fest, auf Termine rubig. — Weizen für März 186 K., 1000 Kilo 187 Br., 184 Gd., für April-Mai 126 K., 186 Br., 185 Gd., für Mai-Juni 126 K., 187 Br., 186 Gd., für Juni-Juli 126 K., 189 Br., 188 Gd., für Juli-August 126 K., 191 Br., 190 Gd. — Roggen für März 1000 Kilo 150 Br., 148 Gd., für April-Mai 148 Br., 147 Gd., für Mai-Juni 147 Br., 146 Gd., für Juni-Juli 146 Br., 145 Gd., für Juli-August 145 Br., 144 Gd. Hafer und Gerste unverändert. — Rüböl fester, loco 58, für Mai 58, für October für 200 Kilo 60. — Spiritus still, für 100 Liter 100 K., für März 44, für April-Mai 44, für Mai-Juni 44 1/2, für Juni-Juli 44 1/2. — Kaffee mehr Kauflust. Umlay 4000 Sac. — Petroleum matt, Standard white loco 13 60 Br., 12 80 Gd., für März 12,70 Gd., für April-Mai 12,40 Gd., für August Debr. 12,60 Gd.

Bremen, 18. März. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 12 K. 25 S bez., für Juli 12 K. 80 S bez. und Käufer.

Amsterdam, 18. März. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen für März 252, für Mai 262. — Raps für April 354 K.

London, 18. März. [Schluß-Course.] Gold 92 1/2, 5% Italienische Rente 71 1/2, Lombarden 12 1/2, 5% Russen de 1871 100, 5% Russen de 1872 102, Silber 57 1/2, Türkische Anleihe de 1865 48 1/2, 6% Türken de 1869 56 1/2, 6% Vereinigt. Staaten für 1882 104 1/2, 6% Vereinigt. Staaten 5% für heute 103 1/2, Österreichische Silberrente 68 1/2, Österreichische Papierrente 65 1/2, 6% ungarische Schatzbonds 92 1/2, 6% ungarische Schatzbonds 2. Emission 90 1/2. — In die Bank fließen heute 38,000 Pf. Sterl. Blausilber 3 1/2, Spanier 23.

London, 18. März. Bankausweis. Totalreserve 10,583,064, Notenumlauf 25,543,040, Baarvorrath 21,131,104, Portefeuille 20,374,512, Guthaben d. Priv. 17,902,470, Guth. d. Staats 8,089,214, Notenreserve 9,660,745, Regierungssicherheit 13,608,888 Pf. St.

Leith, 17. März. Getreidemarkt. [Cochrane Paterson und Co.] Fremde Zufuhren der Woche: Weizen 660, Gerste 108, Erbsen 23 Tons. Mehl 5630 Sac. Schottischer Weizen, Gerste und Bohnen 18 thener, fremder Weizen fest, Mehl unverändert.

Paris, 18. März. (Schlußcourse.) 8% Rente 64, 87 1/2, Anleihe de 1872 103 45, Italienische 5% Rente 72, 25, Italienische Tabaks-Actien —, Francofen 685,00, Lombardische Eisenbahn-Actien 313,75, Lombardische Prioritäten 253,00, Türken de 1865 44, 12 1/2, Türken de 1869 299,00, Türkenloose 182,75. — Credit mobiler 490, Spanier extér. 23, do. intér. 17 1/2, Schlus matt. Speculationswerthe stark schwankend.

Paris, 18. März. Productenmarkt. Behauptet, für März 24, 75, für April 24, 75, für Mai-Juni 25, 25, für Mai-August 25, 50. Mehl fest, für März 52, 25, für April 52, 75, für Mai-Juni 53, 50, für Mai-August 54, 50. Rüböl fest, für März 80, 50, für April 81, 00, für Mai-August 81, 75, für Septbr.-Debr. 82, 00. Spiritus behauptet, für März 52, 75, für Mai-August 54, 50.

Paris, 18. März. Bankausweis. Baarvorrath 10,060,000 Summe, Guthaben des Staatsschatzes 3,023,000 Sum.: Portefeuille der Haupt- u. d. Filialen 22,301,000 Abnahme, Gesammt-Vorschüsse 3,972,000 Abn., Notenumlauf 9,666,000 Abn., laufende Rechnung der Privaten 6,666,000 Francs Abn., Schuld des Staatsschatzes unverändert.

Antwerpen, 16. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, Roggen steigend, hiesiger 20, Hafer rubig, Gerste unverändert, Donau 18 1/2.

Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loco 30 bez. u. Br., für März 29 1/2 bez., 30 Br., für April 30 bez. u. Br., für Sept. 33 Br., für September-Dezember 33 bez., 33 1/2 Br.

Newyork, 17. März. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 84 C. Goldagio 16 1/2, 5/10 Bonds für 1885 120 do 5% fundirt 115 1/2, 5/10 Bonds für 1887 120, Eriebahn 26 1/2, Central-Pacific 97 1/2, Newyork Centralbahn 160 1/2, höchste Notierung d. Goldagio 16 1/2, niedrigste 15 1/2. — Waarenbericht Baumwolle in Renonri 16 1/2, do. in New-Deleare 15 1/2, Petroleum in Newyork 14 1/2, do. in Philadelphia 4%, Mehl 5 D. 15 C., Roher Erdöl (Westvirginer 17), 22 C. Mehl (mit mierz) 91 C., Ruder (Fair refining Muscovades) 7%, Kaffee (Rio) 17, Schmalz (Marie Wilcox) 14% C., Speck (Hort clear) 11% C. Getreidefracht 7.

Productenmärkte.

Königsberg, 18. März. (v. Vortons & Grothe.) Weizen für 1000 Kilo hochbunter 129,30 K., 174, 130 K., 173,75, russ. 124 1/2 180, 129 K., 174 K. bez., bunter russ. 125 K., 160 K. bez., rother 130 K., 171,75, 131 K., 171,50, russ. 121 1/2 K., 165,75, 125 K. blv. 153 K. bez. — Roggen für 1000 Kilo: inländischer 120 K., 131,25 192/3 K., 135, 125 K., 138,75, 139, 126 K., 138,75, 140, 126 1/2 K., 142, 142,50, 127 K., 141,25, 142,50, 128 K., 142,50 K. bez., fremder 116 K., 122,50, 117 1/2 K., 124,50, 118 K., und 120 K., 125, 118 1/2 K., 127, 120 K., 130, 123 1/2 K., 134, 124 K., 136,25, 127 K., 141 K. bez. — Gerste für 1000 Kilo große 136 K. bez. — Hafer für 1000 Kilo loco russ. 136, 138, 140, 142, schwarz 143 K. bez. — Erbsen für 1000 Kilo weiß 152 1/2, 166,75, 171 K. bez. — Bohnen für 1000 Kilo 175,50, Linjen 128,75 K. bez. — Weizen für 1000 Kilo 195,50, 100 K. bez. — Buchweizen für 1000 Kilo 142,75 K. bez. — Leinfaat für 1000 Kilo mittel 188,50 K. bez. — Rübjen für 1000 Kilo russ. 222, Doiter 211 K. bez. — Kleesaat für 100 Kilo rothe 66 K. bez. — Spiritus für 10,000 Liter % ohne Faß in Bosten von 5000 Liter und darüber loco 56 1/2 K. Br., 54 1/2 K. Gd., 55 K. bez., März 56

K. Br., April 57 K. Br., 56 1/2 K. Gd., Frühjahr 58 1/2 K. Br., 57 1/2 K. Gd., 58 K. bez., Mai-Juni 59 K. Br., 58 K. Gd., Juni 60 1/2 K. Br., 59 1/2 K. Gd., Juli 62 1/2 K. Br., 61 1/2 K. Gd., August 63 1/2 K. Br., 62 1/2 K. Gd., 63 K. bez., September 64 K. Br., 63 K. Gd.

Stettin, 18. März. Weizen für April-Mai 186,00 K., für Mai-Juni 186,00 K. — Roggen für April-Mai 147,00 K., für Mai-Juni 143,50 K. — Rüböl 100 Kilogr. für März 53,00 K., für April-Mai 53,00 K., für September-October 57,00 K. — Spiritus loco 55,80 K., für März 57,70 K., für April-Mai 59,00 K., für Juni-Juli 59,70 K. — Winterrüben höher, für 1000 K. März-April 272 K. nom., April-Mai 270 K. bez., für Septbr.-Debr. 268 bis 270 K. bez. — Petroleum loco 13,75—14 K. bz. — Regulirungspreis 13,75 K., September-October 12,75 K. bez. und Br., 12,50 K. Gd. — Hering, Schott. Crown- u. Fullbrand 37,50 K. tr. bez. — Schmalz, Wilcox 63,75—64 K. bez. u. Br., März-April und April-Mai 64 K. Br. — Thran, braun Berger Leber 65,25 K. bez.

Berlin, 18. März. Weizen loco für 1000 Kilogr. 162—198 K. nach Qual. gefordert, für April-Mai 183,00—183,50 K. bez., für Mai-Juni 184,50—185,00 K. bez., für Juni-Juli 187,00 K. bez., für Juli-August 188,00 K. bez. — Roggen loco für 1000 Kilogr. 143—160 K. nach Qual. geford., für März 150,00 K. nom., für März-April 150,00 K. nom., für Frühjahr 149,50—149,00 K. bez., für Mai-Juni 144,50—145,00 K. bez., für Juni-Juli 143,50—144,00 K. bez. — Gerste loco für 1000 Kilogr. 129—181 K. nach Qual. gefordert. — Hafer loco für 1000 Kilogr. 158—187 K. nach Qual. gefordert. Erbsen loco für 1000 Kilogr. Rothwaare 183—234 K. nach Qual., Futterwaare 163—178 K. nach Qual. — Weizenmehl für 100 Kilogr. brutto unverf. incl. Sad No. 0 25,75—24,75 K., No. 0 u. 1 24,50—23,00 K., Roggenmehl für 100 Kilogr. brutto unverf. incl. Sad No. 0 23,00—21,00 K., No. 0 u. 1 21,00—20,00 K., für März 20,95 K. bez., für März-April 20,95 K. bez., für April-Mai 20,95 K. bez., für Mai-Juni 20,95 K. bez., für Juni-Juli 20,95 K. bez., für Juli-August do. — Leinöl für 100 Kilogr. ohne Faß 60 K. — Rüböl für 100 Kilogr. loco ohne Faß 57 K. bez., für März 57 K. bez., für März-April 57 K. bez., für April-Mai 56,3—57,4 K. bez., für Mai-Juni 57—57,9 K. bez., für Septbr.-Debr. 59,2—60,5 K. bez., für October-November 59,5—60,8 K. bez., November-Dezember 59,8—61 K. bez. — Petroleum raff. für 100 Kilogr. mit Faß loco 30 K. bez., für März 28 K. bez., für März-April 26,90 K. bez., für April-Mai 26 K. bez., für September-October 27 K. Br. — Spiritus für 100 Liter à 100% = 10,000 K. loco ohne Faß 56,5 K. bez., mit Faß für März 58 K. nom., für März-April 58 K. nom., für April-Mai 58,6—58,8 K. bez., für Mai-Juni 58,6—58,8 K. bez., für Juni-Juli 59,7—59,8 K. bez., Juli-August 60,7—60,8 K. bez., für August-Septbr. 31,2 K. bez.

